



Parlamentarischer Vorstoss

Antwort des Regierungsrates

Vorstoss-Nr.: 222-2022
Vorstossart: Interpellation
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2022.RRGR.360

Eingereicht am: 31.10.2022

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: von Wattenwyl (Tramelan, Grüne) (Sprecher/in)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt:

RRB-Nr.: 588/2023 vom 24. Mai 2023
Direktion: Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert

Fachkräftemangel

Es vergeht kaum ein Tag, an dem man nicht hört, dass es der Schweiz an Arbeitskräften mangelt, insbesondere an denjenigen, die es uns ermöglichen, den Energiewandel erfolgreich zu gestalten. Schätzungen zufolge fehlen rund 500 000 Menschen, damit wir unseren Gebäudebestand sanieren und zu einer CO₂-neutralen Bauweise und einem CO₂-neutralen Land übergehen können.

In ganzen Sektoren werden Arbeitsplätze verloren gehen, während in anderen Sektoren massiv neue Arbeitsplätze geschaffen werden müssen. Wir stehen vor einer gewaltigen Herausforderung bei der beruflichen Umschulung.

Unternehmen und Berufe müssen ihre Attraktivität unter Beweis stellen. Die neuen Generationen sind gefragt, aber es wird auch notwendig sein, Umschulungsmassnahmen zu entwickeln, ein Bereich, der weniger organisiert und strukturiert ist als die Grundausbildung.

Der Regierungsrat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Inwieweit ist die Regierung über diese Problematik informiert? Fühlt sie sich von der Problematik betroffen? Verfügt sie über die Ressourcen, um an der Problematik zu arbeiten?
2. Wie beurteilt die Regierung ihre Nähe und ihre Verbindungen zur Wirtschaftsstruktur, und wie fest ist sie sich des Arbeitskräftemangels als Realität bewusst? Wie bewertet die Regierung ihre Verbindungen zu und ihr Eingehen auf Schulen, Ausbildungszentren und Studiengänge?
3. Welche Mittel hat die Regierung, um diesen Mangel auszugleichen? Gibt es bereits Ansätze, Ideen und Kooperationen? Und wie sehen diese aus?

Antwort des Regierungsrates

Der Regierungsrat nimmt wie folgt Stellung:

1. *Inwieweit ist die Regierung über diese Problematik informiert? Fühlt sie sich von der Problematik betroffen? Verfügt sie über die Ressourcen, um an der Problematik zu arbeiten?*

Der Regierungsrat ist sich der Problematik des sich stetig akzentuierenden Fachkräftemangels bewusst. Dabei handelt es sich jedoch nicht um eine kantonale, sondern um eine nationale Herausforderung, da die Ursache des Fachkräftemangels primär in der demografischen Entwicklung liegt. Der Regierungsrat hat das Thema in den Richtlinien der Regierungspolitik 2023–2026 prominent adressiert (vgl. Strategisches Ziel 3, Entwicklungsschwerpunkt Armutsrisiken vermeiden) und setzt damit auch bezüglich Ressourceneinsatz einen Schwerpunkt bei den zuständigen Ämtern.

2. *Wie beurteilt die Regierung ihre Nähe und ihre Verbindungen zur Wirtschaftsstruktur, und wie fest ist sie sich des Arbeitskräftemangels als Realität bewusst? Wie bewertet die Regierung ihre Verbindungen zu und ihr Eingehen auf Schulen, Ausbildungszentren und Studiengänge?*

Sowohl der Regierungsrat als auch diverse Verwaltungsstellen, die Förder- und/oder Kontrollfunktionen gegenüber und zusammen mit der Wirtschaft innehaben, stehen in engem und regelmässigen Austausch mit einer Vielzahl von Unternehmen. Dabei wird der Mangel an Fachkräften oder allgemein an Arbeitskräften von den Unternehmen immer wieder als eine der grössten Herausforderungen für ihre Tätigkeit genannt.

Die Berufsbildung ist eine Verbundaufgabe von Bund, Kantonen und Organisationen der Arbeitswelt (OdA). Im Rahmen dieser Verbundpartnerschaft setzt sich das Mittelschul- und Berufsbildungsamt des Kantons Bern zusammen mit den Akteuren der Wirtschaft dafür ein, den Jugendlichen und Erwachsenen die Kompetenzen zu verschaffen, die es ihnen ermöglichen, den zukünftigen Herausforderungen von Gesellschaft und Arbeitsmarkt begegnen zu können.

So entstehen laufend neue Lehrberufe (z. B. Entwickler/in digitales Business EFZ, Solarinstallateur/in EFZ), welche den Bedarf an Fachkräften in diesen Branchen mittelfristig decken sollen. Neue pädagogische Lernformen wie die Handlungskompetenzorientierung sind dabei Bestandteil der neu entstehenden Bildungsverordnungen. Diese stellen sicher, dass die Kompetenzvermittlung im Lehrbetrieb, an der Berufsfachschule und in überbetrieblichen Kursen so erfolgt, dass die Kompetenzen der zukünftigen Fachkräfte den Anforderungen des jeweiligen Berufsfeldes bestmöglich entsprechen. Die Infrastruktur an den Berufsfachschulen wurde in den letzten Jahren dahingehend optimiert, dass digitaler Unterricht flächendeckend angeboten werden kann und so die Digitalisierungsbestrebungen aus den Branchen auch im schulischen Unterricht umgesetzt werden können.

Die anforderungsmässig aufeinander aufbauenden Ausbildungsgefässe (Vorlehre, zweijährige Attestausbildung EBA, drei- bis vierjährige Berufslehre EFZ) ermöglichen es, auch Menschen mit sprachlichen oder anderweitigen Defiziten zu Abschlüssen zu führen und für die Arbeitswelt zu qualifizieren.

3. *Welche Mittel hat die Regierung, um diesen Mangel auszugleichen? Gibt es bereits Ansätze, Ideen und Kooperationen? Und wie sehen diese aus?*

Der Kanton Bern hat sowohl in Zusammenarbeit mit dem Bund als auch selbstständig bereits verschiedene Massnahmen zur Erhöhung der Erwerbsbeteiligung und zur Linderung

des Fachkräftemangels initiiert. Im Bereich Arbeitsvermittlung sind insbesondere die nachfolgenden Massnahmen zu erwähnen. Diese Massnahmen werden laufend geprüft, gegebenenfalls angepasst oder mit zusätzlichen Massnahmen oder Projekten ergänzt.

- Mentoring-Programm für RAV-Kunden im Kanton Bern: Mit dem Programm soll die Rückführung qualifizierter Stellensuchender in den Arbeitsmarkt begünstigt werden. Das Projekt ist in der Phase der Realisierung und Einführung.
- Supported Employment: Mit dieser Massnahme werden ausgesteuerte und von Aussteuerung bedrohte RAV-Kundinnen und RAV-Kunden begleitet. Die Einführung der Massnahme steht vor dem Abschluss.
- Beratungsintensität: Mit der Erhöhung der Beratungsintensität soll die Zeitspanne der Arbeitslosigkeit für Stellensuchende verkürzt werden. Das Projekt steht vor dem Abschluss.
- «Future50»: In diesem Programm wird die Beratungskompetenz der RAV-Beraterinnen und -Berater für die Zielgruppe schwer vermittelbarer und älterer Stellensuchenden weiterentwickelt.
- Der Zielgruppe «Menschen mit Mehrfachbelastung und psychischen Herausforderungen» widmet sich ein Projekt der Steuerungsgruppe Interinstitutionelle Zusammenarbeit (IIZ), in welchem die Angebote verschiedener Ämter (Amt für Integration und Soziales, Amt für Arbeitslosenversicherung, Mittelschul- und Berufsbildungsamt) sowie der Invalidenversicherung (IV) auf Lücken und Doppelspurigkeiten überprüft werden. Ein besonderes Gewicht wird dabei auf die Zusammenarbeit mit den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern gelegt, um den Erhalt der Arbeitsplätze von betroffenen Personen zu ermöglichen oder deren Reintegration in den Arbeitsmarkt zu beschleunigen.

Für die Berufsbildung wird auf die Antworten zur Frage 2 verwiesen. Zusätzlich weist der Regierungsrat noch auf folgende Punkte hin:

- Der Berufsbildungsrat (BBR) berät die Bildungs- und Kulturdirektion in allen strategischen Fragen der Berufsbildung, der Weiterbildung und der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung. Dieses Gremium setzt sich u. a. auch aus Vertreterinnen und Vertretern der OdA sowie der Wirtschaft zusammen.
- Weitere Ansätze, die dem Fachkräftemangel entgegenwirken, sind die Angebote Integrationsvorlehre (INVOL) sowie das vorgesehene Pilotprojekt Teilzeitlehre EBA des Mittelschul- und Berufsbildungsamts.

Verteiler

- Grosser Rat